



Sperrfrist

6. September 2016,
18.15 Uhr

**Weshalb ein starkes Bildungssystem auch der Nationalbank
ein wichtiges Anliegen sein muss**

Eröffnungsfeier Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Universität
Luzern

Thomas J. Jordan

Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank*

Schweizerische Nationalbank

Luzern, 6. September 2016

© Schweizerische Nationalbank, Zürich, 2016

* Der Referent dankt Peter Kuster für die Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Vortrags. Sein Dank gilt zudem Marcel Savioz.

Sehr geehrte Damen und Herren

Es freut mich sehr, dass ich an dieser Eröffnungsfeier zu Ihnen sprechen darf. Herzliche Gratulation an alle Beteiligten, die mit unermüdlichem Einsatz und ungebrochenem Enthusiasmus über die letzten Jahre es möglich gemacht haben, dass die Universität Luzern heute eine Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät eröffnen kann!

Ich habe mich natürlich gefragt, womit ich die grosse Ehre verdient habe, an diesem feierlichen Akt mitzuwirken. Weil es sich um die Gründung einer ökonomischen Fakultät handelt, dachte ich zuerst an einen Zusammenhang mit dem Kerngeschäft der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Vielleicht hat die neue Fakultät gehofft, dass ich zum Anlass ihrer Gründung wichtige Botschaften zur Geldpolitik überbringen werde. Leider muss ich Sie in diesem Fall enttäuschen. Denn ich äussere mich heute weder zur aktuellen noch zur künftigen Geldpolitik der SNB. Nächste Woche werden aber alle – oder vielleicht besser fast alle – diesbezüglichen Fragen beantwortet, weil wir dann unsere vierteljährliche Lagebeurteilung durchführen. Wie gewohnt werden wir zu diesem Zeitpunkt unsere Einschätzung der aktuellen Wirtschaftsentwicklung, die neue Inflationsprognose und unseren geldpolitischen Entscheid publizieren.

Mein zweiter Gedanke galt – auch dies für einen Zentralbanker ziemlich naheliegend – dem Monetären. Bekanntlich ist die Universität Luzern für die Finanzierung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät auf Fremdmittel angewiesen. Die Nationalbank hat die Gründung der Universität Luzern und auch der neuen Fakultät von Anfang an begrüsst. Es ist auch öffentlich bekannt, dass die Universität Luzern von uns einen finanziellen Beitrag erhalten hat. Die SNB kann wichtige Bildungsinstitutionen unterstützen, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind. Da es sich dabei jedoch um bescheidene Summen handelt, dürfte wohl auch das Monetäre allein als Motiv für diese Einladung ausscheiden.

Unsere finanziellen Beiträge sind aber als ein sichtbares Zeichen des grundsätzlichen Bekenntnisses der SNB zur ökonomischen Bildung in unserem Land zu verstehen. Dieses Bekenntnis beschränkt sich nicht auf den akademischen Bereich – ich nutze diesen Ort gerne, um in diesem Zusammenhang ganz kurz auf zwei Beispiele hinzuweisen: Unser Bildungsangebot iconomix ist auf die breite Bevölkerung ausgerichtet. Es vermittelt seit bald neun Jahren ökonomische Grundkenntnisse und unterstützt die Lehrpersonen von Mittel- und Berufsfachschulen. Und weil auch das Verständnis über das Wirken einer Zentralbank für die ganze Wirtschaft eines Landes bedeutsam ist, bauen wir in diesem Bereich das Wissensangebot ebenfalls laufend aus. So haben wir vor drei Monaten das Informationsmittel «Unsere Nationalbank» lanciert, das sich an Schulen und das breite Publikum wendet.

Es ist erfreulich, dass es der Universität Luzern gelungen ist, für ihre neue Fakultät genügend Gelder bei Dritten zu sammeln. Dieser Erfolg bekräftigt die gute Verwurzelung der immer noch jungen Institution in der Region, die bereits bei der kantonalen Volksabstimmung im November 2014 zum Ausdruck gekommen war. Ich kenne übrigens keine andere Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, deren Existenz so klar direktdemokratisch legitimiert ist.

Luzern und die Nationalbank – auch ohne Zweiganstalt eng verbunden

Da die beiden genannten Motive für meine Einladung nicht in Frage kommen, mag der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass zwischen Luzern und der SNB eine enge Beziehung besteht. Dabei meine ich natürlich nicht meine regelmässigen Besuche für Vorträge und Diskussionen in Ihrer schönen Stadt. Die gute Beziehung reicht viel länger zurück. Bereits 1908, also ein Jahr, nachdem die Nationalbank ihren Betrieb aufgenommen hatte, öffnete die Zweiganstalt Luzern ihre Pforten. Zwar hegte die SNB damals gewisse Zweifel daran, dass sich das Unterfangen auf Basis des normalen Geschäftsverkehrs finanziell lohnen würde. Doch obsiegen beim Entscheid für die Errichtung einer Zweiganstalt «Erwägungen allgemeiner Natur». So wies beispielsweise die Gesellschaft für Handel und Industrie in Luzern nicht nur auf die Bedürfnisse des eigenen Kantons hin, sondern argumentierte geschickt mit regionalen Interessen, namentlich mit der «blühenden Hôtellerie Luzerns und des Vierwaldstättersees», der «hochentwickelten Landwirtschaft» sowie der «Entwicklung von Handel und Industrie» als dem «Merkmal der Urkantone».

1924 bezog die SNB einen Neubau an der Pilatusstrasse, der rund 3 Mio. Franken gekostet hatte. Ältere Semester unter Ihnen mögen sich vielleicht noch an die imposante Schalterhalle erinnern. Zu unserer Stammkundschaft zählte auch Emil Manser, das leider verstorbene Stadtoriginal. Er wechselte das Münz, das er von Passanten erhalten hatte, in handlichere Noten um – in der Adventszeit trug er dazu jeweils einen Kranz auf dem Kopf. Ende 1999 haben wir unsere Luzerner Zweiganstalt geschlossen – und lösten beim Verkauf an die Stiftung Rosengart 13 Mio. Franken. Sie sehen, das Engagement der Nationalbank in Luzern hat sich letztlich doch noch gelohnt. Und die Stadt hat zwar ihre SNB-Zweiganstalt verloren, dafür aber kulturell viel gewonnen. Selbst die NZZ war fast euphorisch, hielt sie doch im März 2002 zur Eröffnung des Museums fest, die nun dem Publikum geöffneten Schätze der Sammlung machten «Luzern künftig zu einem Fixpunkt für Kunstfreaks».

Im Ernst: Die Beziehung zwischen der SNB und Luzern war und ist befruchtend. Beispielsweise gilt Paul Usteri als einer der Väter der SUVA, die 1912 in Luzern gegründet wurde. Paul Usteri waltete aber auch von 1906 bis 1923 als Vizepräsident und bis 1927 als Präsident des Bankrates der SNB. Eine weitere Persönlichkeit, Walter Schwegler, führte von 1941 bis 1945 die Zweiganstalt Luzern. Offenbar empfahl ihn dieser Dienst in der Zentralschweiz für höhere Weihen, gehörte er doch von 1954 bis 1966 dem Direktorium an, das er auch zehn Jahre präsierte. Die Nationalbank ist Luzern verbunden geblieben, auch nach dem Aus für die Zweiganstalt. So ist unser Delegierter für regionale Wirtschaftskontakte in der Zentralschweiz Walter Näf an der Münzgasse domiziliert. Er informiert das Direktorium über die Entwicklungen vor Ort und fungiert umgekehrt als Botschafter der SNB, indem er seinen Ansprechpartnern in der Wirtschaft, in Behörden, Verbänden und in der Öffentlichkeit die Geldpolitik erläutert. Der Delegierte wird dabei von einem Wirtschaftsbeirat unterstützt, der sich aus vier Unternehmern aus der Region zusammensetzt. Dies stellt sicher, dass die SNB in Luzern und der Zentralschweiz nach wie vor fest verankert ist.

Heute gibt es in der Schweiz keine einzige SNB-Zweiganstalt mehr. Grund dafür sind die grossen Veränderungen in den operativen Geschäften, die früher in den Zweiganstalten erledigt wurden. Ein besonders augenfälliges Beispiel dafür ist die Bargeldverarbeitung. Die starke Konzentration, Automatisierung, Spezialisierung und Auslagerung in diesem Sektor führte dazu, dass die SNB ihre Bargeldlogistik ebenfalls anpasste und sich seit einigen Jahren auf die beiden Standorte Bern und Zürich konzentriert.

Der Wandel schlägt sich auch auf die Stellenprofile bei uns nieder. Früher waren viele unserer Mitarbeiter, insbesondere im Bargeldbereich und im Zahlungsverkehr, mit manuellen Aufgaben betraut. Für solche Arbeiten waren andere Fähigkeiten und Fertigkeiten gefragt, als dies heute der Fall ist. Die Anforderungen, die wir gegenwärtig stellen, unterscheiden sich denn auch deutlich von jenen, die noch vor wenigen Jahrzehnten im Vordergrund standen. Die Nationalbank zählt heute rund 850 Mitarbeitende. Zwei von fünf Angestellten verfügen über einen universitären und jeder achte über einen Fachhochschulabschluss. Gut 130 Personen dürfen sich mit einem Dokortitel schmücken. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass es sich bei der Mehrzahl der Abschlüsse und Titel um die Disziplin der Ökonomie, also der Wirtschaftswissenschaften, handelt. Und von den vielen bei der SNB beschäftigten Ökonomen und Ökonomen publizieren gut 30 regelmässig Beiträge auf akademischem Niveau in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften. Entsprechend rekrutiert die SNB in diesem Segment immer wieder versierte und motivierte Nachwuchskräfte. Dass mit der Universität Luzern eine weitere Ausbildungsstätte als neuer Akteur in den Markt eintritt, begrüßen wir daher auch aus Arbeitgebersicht sehr.

Der wissenschaftliche Austausch – ein Muss auch für die SNB

Wir sind aber an der akademischen Welt nicht nur aus Rekrutierungsgründen interessiert. Der Wissens- und Meinungs-austausch ist für die SNB-Forscher essenziell. Denn wir können unseren Auftrag nur dann optimal erfüllen, wenn wir die dafür relevanten Erkenntnisse aus der Forschung – unabhängig davon, ob diese von uns selber oder von anderen stammen – auf eine angemessene Weise in unsere Entscheidungsfindung einfließen lassen. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen kann dabei ganz unterschiedliche Formen annehmen. Zu diesen zählen gemeinsam verfasste Studien, Lehraufträge von SNB-Ökonomen an Universitäten, Seminare und Forschungsaufenthalte von Uni-Forschern bei der Nationalbank oder Kooperationen mit Universitäten im Rahmen wissenschaftlicher Konferenzen. Bei diesem Austausch geht es um mehr als «nur» den Transfer, die Plausibilisierung und die Mehrung von Wissen. Es geht auch um die Attraktivität der SNB als Arbeitgeberin. Wir haben, nicht anders als die Universitäten, ein vitales Interesse daran, exzellente Forscher für uns zu gewinnen. Der Austausch mit der Aussenwelt bildet eine *conditio sine qua non* dafür, dass unsere Forscher immer auf dem neusten Stand des ökonomischen Wissens bleiben. Und ohne die Möglichkeit eines Austausches würden talentierte Forscher kaum zu uns kommen.

Anders als bei einer Universität, wo die akademische Freiheit grossgeschrieben wird, ist der Themenfächer der ökonomischen Forschung bei der SNB aber etwas weniger weit gespannt.

Im Vordergrund stehen für uns naturgemäss stets die zentralbankpolitisch relevanten Themen, d.h., wir analysieren die Fragen, die direkt mit unseren Aufgaben in Zusammenhang gebracht werden. Beispiele dafür sind der geldpolitische Transmissionsprozess, die Inflationsprognose oder Analysen zur Finanzstabilität. Wir beschäftigen uns aber auch intensiv mit den Gesetzmässigkeiten und Entwicklungen am Geld- und Devisenmarkt, weil wir dort unsere Geldpolitik umsetzen.

Regelmässig orientieren wir die Öffentlichkeit über unsere Forschungsaktivitäten. Der jährliche «SNB Research Report», den wir im Sommer erstmals veröffentlicht haben, gibt einen guten Überblick über die wissenschaftliche Tätigkeit der Nationalbank. Die Publikation «SNB Research Update» informiert halbjährlich in knapper Form über aktuelle Forschungsergebnisse. Aber auch die Forschungsarbeiten selbst werden in unseren Reihen «SNB Economic Studies» und «SNB Working Papers» veröffentlicht. Dabei ist zu beachten, dass wir nicht alle wissenschaftlichen Arbeiten publizieren können. Gewissermassen unter dem Wasserspiegel verborgen bleiben Forschungsprojekte, die ganz direkt mit der Erfüllung unseres Auftrags im gegenwärtigen Umfeld in Verbindung stehen und zu Adjustierungen in unserer Geldpolitik führen könnten. In solchen Fällen müssen wir die Forschungsergebnisse unter Verschluss halten, um nicht ungewollt Signale im falschen Zeitpunkt auszusenden. In den vielen Fällen jedoch, wo keine höheren Interessen dagegen sprechen, streben wir eine möglichst grosse Transparenz an, weil dies in der Regel die Wirksamkeit der Geldpolitik erhöht.

Beim Sammeln von Wissen über unsere Volkswirtschaft haben wir zudem eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit. Ich möchte das mit einem für die Wissenschaft relevanten und konkreten Beispiel illustrieren: der Tätigkeit der SNB im Bereich der Statistik. Gemäss Nationalbankgesetz erhebt die SNB die statistischen Daten, die erforderlich sind, um ihre gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen und die Entwicklung an den Finanzmärkten zu beobachten. Das Gesetz legt aber auch fest, dass wir die erhobenen Daten nicht nur selber auswerten, sondern – aus Geheimhaltungsgründen – in aggregierter Form als Statistiken zu veröffentlichen haben. Wir tun dies im Rahmen unserer Publikationen, etwa zur Bankensstatistik oder zur Zahlungsbilanz, schon seit den Anfangszeiten der SNB.

Vor einem Jahr haben wir ein via Internet zugängliches neues Datenportal lanciert und es in diesem Sommer erweitert. Das Datenportal erlaubt es uns, Ihnen als Forscher oder Ausbilder bedeutend mehr Daten zur Verfügung zu stellen als früher. Zudem können Sie diese nun erheblich besser bearbeiten. Insbesondere ist es auf einfache Art und Weise möglich, die Datenreihen nach individuellen Kriterien zu filtern und für eigene Bedürfnisse in massgeschneiderter Form herunterzuladen. Die Wissenschaft ist auf umfassendes und verlässliches Zahlenmaterial angewiesen, und daher verstehen wir uns in diesem Bereich durchaus auch als Dienstleister für die Forschung und die Lehre. Wir werden in den nächsten Jahren das Datenportal ständig weiter ausbauen, mit dem Ziel, Ihnen mittelfristig einen grossen Teil unserer internen Datenbank – sie umfasst insgesamt über sechs Millionen Zeitreihen aus den Bereichen Banken, Finanzmärkte und Volkswirtschaft – zugänglich zu machen.

Wer studiert, lehrt und forscht, ist privilegiert – und steht in der Pflicht

Nach diesem kleinen Exkurs in die fast granulare Datenebene der SNB-Statistik möchte ich mich mit Ihnen in den nächsten Minuten wieder auf einer anderen Flughöhe bewegen, auf derjenigen der bildungspolitischen Botschaften. Dafür werde ich meinen Blick über die bereits betrachteten vielfältigen und wechselseitigen Beziehungen zwischen der Nationalbank und der ökonomischen Forschung und Lehre hinaus weiten.

Meine erste bildungspolitische Botschaft richtet sich an alle Studentinnen und Studenten und auch an alle Angehörigen des universitären Lehrkörpers: Es ist ein Privileg, an einer schweizerischen Universität lernen, lehren oder forschen zu können. Natürlich haben Sie durch Ihren überdurchschnittlichen Einsatz massgeblich dazu beigetragen, dass Sie hier sind. Aber die Voraussetzungen dafür, dass unser Land ein dichtes Netz von attraktiven und für breite Schichten offenen Universitäten aufweist, wurden von anderen geschaffen. Wir verdanken es nämlich der Tatsache, dass unserem Staat und unserer Gesellschaft die akademische Bildung seit vielen Jahren lieb und teuer ist – die monetäre Dimension darf und soll an dieser Stelle durchaus mitschwingen.

Umgekehrt müssen Sie sich aber auch bewusst sein, dass damit gewisse – aus meiner Sicht berechnete – Erwartungen verbunden sind. Von den Studenten erwartet die Gesellschaft, dass sie nach dem Abschluss zum weiteren Gedeihen der Schweiz beitragen, indem sie eine besondere Leistung erbringen. Dies kann im Privatsektor, also z.B. in der Industrie, im Gewerbe oder in der Finanzbranche geschehen. Aber auch in der Verwaltung gibt es dazu Gelegenheit, sei es beim Bund, bei einem Kanton oder bei der SNB. Vom Lehrkörper darf erwartet werden, dass er seine grosse Verantwortung mit Umsicht wahrnimmt, hinterlässt doch die Zeit an der Universität bei den meisten Studenten eine tiefe und bleibende Prägung für das ganze Leben. Dabei denke ich nicht nur an die Vermittlung von Fachwissen an sich, sondern auch an die Vorbildfunktion für die grundsätzliche Haltung gegenüber Gesellschaft und Staat. Beides hat einen entscheidenden Einfluss auf die Art und Weise, wie Universitätsabgänger künftig Probleme identifizieren, komplexe Sachverhalte gedanklich durchdringen und brauchbare Lösungen erarbeiten können.

Mit meiner zweiten Botschaft wende ich mich an die Verantwortlichen für Bildung in den Gemeinden, den Kantonen und beim Bund: Ohne attraktive Universitäten dürfte sich unser Land nicht eines guten Bildungssystems rühmen. Doch handelt es sich hierbei letztlich nur um einen Baustein von mehreren. Erstens zeichnet sich das Bildungswesen in unserem Land durch einen starken föderalistischen Ansatz aus. Die Entscheide bezüglich Organisation und Finanzierung werden nicht von einer Zentrale gesteuert, sondern tragen den regional unterschiedlichen Präferenzen und Bedürfnissen Rechnung. Zweitens bietet unser System speziell dank dem hohen Stellenwert der dualen Berufsbildung Gewähr dafür, dass der Bezug zur wirtschaftlichen Realität in den Unternehmen nicht verloren geht. Drittens eröffnet die in den letzten Jahren noch verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen mehr Möglichkeiten für die Ausgestaltung der persönlichen Laufbahn. Sie sehen, ich bin begeistert, nicht nur

von der universitären Bildung, sondern von der hohen Qualität des Schweizer Bildungswesens insgesamt.

Woher rührt meine Begeisterung? Die Antwort auf diese Frage ist zugleich meine dritte und letzte bildungspolitische Botschaft: Ich bin überzeugt, dass unser föderalistisches, durchlässiges und qualitativ hochstehendes Bildungssystem mit Blick auf die Anforderungen einer modernen Wirtschaft zentral ist. Wie sonst könnte unsere Gesellschaft diesen Anforderungen genügen und insbesondere auch den schwer vorhersehbaren strukturellen und technologischen Wandel bewältigen? Wer hätte beispielsweise noch vor wenigen Jahrzehnten erahnen können, dass die SNB heute nicht nur für Ökonomen, sondern ebenso für Informatiker ein bedeutender Arbeitgeber sein würde? Heute ist fast jeder vierte unserer Mitarbeiter von diesem Fach. Eine starke Bildung ist also eine elementare Voraussetzung, dass es uns auch künftig gelingen wird, den Wohlstand in unserem Land in einer Welt des Wandels zu bewahren und zu mehren. Neben dieser wirtschaftlichen Dimension hat die Bildung zusätzlich aber eine eminent staatsbürgerliche Komponente, und dies gleich in mehrfacher Hinsicht.

Das Bildungssystem als Kitt des Zusammenhalts einer Gesellschaft

Erstens entscheidet der Souverän in unserer direkten Demokratie auf allen staatlichen Ebenen regelmässig und abschliessend über Sachfragen, die oft sehr komplex sind. Dieses System mit seinen vielen Vorteilen könnte nicht richtig funktionieren, wenn die durchschnittliche Stimmbürgerin oder der durchschnittliche Stimmbürger keine gute Allgemeinbildung hätte, die es ihr oder ihm erlaubte, sich selber eine Meinung zu bilden. Auch die Nationalbank ist auf den mündigen und kundigen Bürger angewiesen, stimmt doch der Souverän hie und da auch über Vorlagen ab, die für den institutionellen Rahmen der Geldpolitik entscheidend sind. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die im Dezember 2015 zustande gekommene Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank», besser bekannt als Vollgeldinitiative.

Zweitens ist unser Bildungssystem mit seinem Fokus auf die Arbeitsmarktfähigkeit ein zentraler Integrationsfaktor. Ganz ausgeprägt kommt das in der Berufsbildung zum Ausdruck, wovon speziell auch Menschen aus sozial weniger privilegierten Verhältnissen profitieren. Die enorme Leistung, die dabei primär die Lehrkräfte und Auszubildende in den Schulen und den Betrieben erbringen, verdient grösste Anerkennung – und ist, wie ein Blick auf andere europäische Länder zeigt, alles andere als selbstverständlich. Ja, sie erfüllt vielerorts sogar zunehmend eine Vorbildfunktion. Die gemeinsamen Anstrengungen tragen später reiche Früchte: in Form einer nahezu lückenlosen Teilhabe an der Arbeitswelt.

Die generell hohe Qualität unseres Bildungssystems und seine Durchlässigkeit wirken drittens der Gefahr entgegen, dass sich entlang von Bildungsgrenzen definierte «Kasten» oder ein Standesdünkel entwickeln könnten. Um es bewusst plakativ auszudrücken: Die Tochter eines Metzgers kann ein Universitätsstudium absolvieren, umgekehrt ist der Sohn einer Professorin nicht dazu gezwungen, weil er sonst seinen gesellschaftlichen Status verlöre. Auch das gehört eben zu den Vorzügen unseres Systems. Als Staatsbürger bin ich überzeugt davon, dass unser

Bildungswesen mit dem Ziel einer möglichst umfassenden Teilhabe an der Arbeitswelt wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden in diesem Land beiträgt. Es gibt in der Schweiz glücklicherweise keine Kluft und kein abgrundtiefes gegenseitiges Misstrauen zwischen einer Elite und dem Volk, wie das in anderen westlichen Staaten teilweise leider der Fall ist. Wir müssen alles daran setzen, dass es bei uns nie soweit kommt und wir nie das Gefühl haben, zwar im gleichen Land, aber doch auf zwei unterschiedlichen Planeten zu leben.

So wichtig die Rolle der Bildung ist und so gut unser System auch erscheinen mag – beides entbindet die Verantwortlichen nicht von der Pflicht, einerseits ständig nach Höherem zu streben und nicht auf den Lorbeeren auszuruhen. Dies gilt für sämtliche Stufen und nicht nur für den akademischen Bereich. Die Akteure müssen andererseits auch sparsam mit den ihnen anvertrauten Mitteln umgehen, so dass die Effizienz des ganzen Bildungswesens gewahrt bleibt. Auch bei der Bildung heisst mehr und teurer nämlich nicht immer zwangsläufig wirksamer und besser.

Nach diesen bildungspolitischen und staatsbürgerlichen Botschaften gestatte ich mir, den Hut des Präsidenten des Direktoriums der SNB wieder aufzusetzen, um gleich auf eine Frage zurückzukommen, die sich Ihnen vielleicht während meiner Ausführungen gestellt hat. Was hat Bildung mit Geldpolitik zu tun, und weshalb äussere ich mich als Zentralbanker überhaupt so ausführlich dazu? Ich tue dies, weil der Nationalbank die Bildung ein wichtiges Anliegen ist. Die SNB weiss zwar, dass sie in diesem Bereich nichts zu entscheiden hat. Sie glaubt aber gleichwohl, dass sie einiges zu sagen hat. Ohne ein gutes Bildungswesen wäre unsere Wirtschaft nicht so innovativ, flexibel, diversifiziert und robust, wie sie es heute ist. Der Arbeitsmarkt würde viel schlechter funktionieren, und die Stabilitätskultur wäre in unserer Gesellschaft nicht fest eingebettet. Das alles sind Stärken unseres Landes, die es uns erst ermöglichen, eine wirkungsvolle, auf langfristige Stabilität ausgerichtete Geldpolitik zu führen.

Gesucht: Konkrete Beiträge für die Schweizer Wirtschaftspolitik

In diesem Zusammenhang hegt die SNB gewisse Erwartungen auch an die neue Fakultät in Luzern, die über den wissenschaftlichen Austausch in Fragen der Geld- und Währungspolitik hinausgehen. Wir wünschen uns von den Universitäten konkrete und brauchbare Anregungen für wichtige Bereiche der Schweizer Wirtschaftspolitik. Es ist sonnenklar, dass nicht jede Universität sämtliche Themenfelder der Wirtschaftswissenschaften gleich dicht abzudecken vermag. Vielmehr sind in der Lehre und Forschung gewisse Schwerpunkte zu setzen, damit sich eine Institution im wissenschaftlichen Wettstreit behaupten und profilieren kann. Diesem Trend wird sich Luzern nicht entziehen können. Entsprechend wäre es auch vermessen, von der neuen Fakultät Lösungen für sämtliche wirtschaftspolitischen Probleme zu erhoffen. Vielleicht aber kann die Universität Luzern v.a. dazu beitragen, ökonomische Rezepte für den politischen Alltag umsetzungstauglich zu machen. Schliesslich beweist doch schon allein ihre Gründungsgeschichte, dass auch unser System mit einer ausgebauten direkten Demokratie grosse Würfe erlaubt, wenn sich Zielstrebigkeit mit Ausdauer paart.

Was meine ich konkret mit umsetzungstauglich? Gestatten Sie mir, zu diesem Zweck an ein gelungenes Lehrstück aus der Fiskalpolitik zu erinnern. Die letzten Jahre haben uns eindrücklich vor Augen geführt, dass solide öffentliche Haushalte unabdingbar sind, damit die Geldpolitik ihr Stabilitätsversprechen auch langfristig einlösen kann. In unserem Land ist diese Bedingung glücklicherweise weitgehend erfüllt – ein wichtiger Meilenstein dafür war die Verankerung der Schuldenbremse in der Bundesverfassung, die vom Souverän mit überwältigendem Mehr im Jahr 2001 beschlossen wurde. Bei der Ausarbeitung dieser Regel zur Sicherung der langfristigen finanziellen Handlungsfähigkeit der Eidgenossenschaft waren auch etliche Akteure aus der Welt der Wirtschaftswissenschaften involviert. Die Schuldenbremse ist eine Erfolgsgeschichte; sie überzeugt konzeptionell und hat den Praxistest bestanden. Tragen wir zu ihr Sorge und lassen uns von ihr inspirieren, wenn es darum geht, andere gewichtige Probleme anzupacken.

Neben den öffentlichen Haushalten ist auch das Vorsorgesystem für unser Land zentral. Doch wie ist es um dessen finanzielle Solidität bestellt? Auf der einen Seite wird unser Drei-Säulen-System aus AHV, beruflicher und privater Vorsorge für seine Ausgewogenheit und seine Krisenresistenz gelobt. Auf der anderen Seite besteht weitgehend Konsens, dass das heutige System an die Realitäten der Demografie und der Finanzmärkte angepasst werden muss. Die SNB ist sich darüber im Klaren, dass das aktuelle Anlageumfeld – Stichwort negative Renditen – für die Pensionskassen schwierig ist. Ein grosser Teil der Herausforderungen in der Vorsorge hat jedoch mit der Regulierung, der Realwirtschaft und der Demografie zu tun und ist somit struktureller Natur. Zentralbanken können derartige Probleme nicht lösen. Mit einer auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik trägt die Nationalbank aber zu einem festen Fundament bei, das Wirtschaftswachstum und Wohlstand ermöglicht.

An Ideen, wie die Finanzierung der Vorsorge langfristig gesichert werden könnte, mangelt es nicht. So strebt bekanntlich der Bundesrat mit der Reform der Altersvorsorge 2020 in einer Gesamtsicht an, das aktuelle Leistungsniveau zu erhalten und gleichzeitig das finanzielle Gleichgewicht der AHV und der beruflichen Vorsorge zu sichern. Auch haben verschiedene Wirtschaftswissenschaftler, darunter der Gründungsdekan dieser Fakultät, interessante Vorschläge gemacht. Ich möchte Sie als Studierende, Lehrende und Forschende dazu aufrufen, auch in diesem Bereich durchdachten Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen. Eine dauerhafte Sicherung der Vorsorge liegt im Gesamtinteresse unseres Landes und erlaubt es der Geldpolitik, auch künftig die volle Wirkung zu entfalten.

Beim Gesundheitswesen – ein letztes für unser Land gewichtiges Beispiel, das ich anführen möchte – geht es darum, Rezepte gegen die Kostenexplosion und die zunehmende Prämienbelastung der privaten Haushalte zu finden. Auch hier ist Ihre Kreativität gefragt, insbesondere auch bei der Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Praxis! In einer direkten Demokratie müssen Lösungen mehrheitsfähig gemacht werden. Die Erfahrungen in unserem Land auf anderen Gebieten zeigen, dass dies selbst bei komplexen Themen kein Ding der Unmöglichkeit ist, wenn die Vorschläge überzeugend sind.

Resümee

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum Abschluss. Ausgangspunkt meines Referats war die Feststellung, dass sich die Anforderungen, welche die Nationalbank an ihre Mitarbeiter stellen muss, in den letzten Jahrzehnten stark verändert haben. Dieser Wandel hat notabene nicht nur die SNB, sondern die ganze Arbeitswelt erfasst. Eine Konsequenz für die Nationalbank lautet, dass heute der Austausch und die Vernetzung mit der Wissenschaft essenziell sind, damit sie ihren Auftrag optimal wahrnehmen kann.

Ich habe mir als Staatsbürger sodann die Freiheit genommen, bei dieser Gelegenheit drei bildungspolitische Botschaften zu verkünden: 1. Bildung an einer Universität ist ein Privileg, für das die Gesellschaft mit Fug und Recht eine Gegenleistung erwartet. 2. Attraktive Universitäten sind nur ein Baustein eines guten Bildungssystems, das föderalistisch geprägt und durchlässig gestaltet ist. Die Stärke des Schweizer Bildungssystems liegt darin, dass es qualitativ hochstehend ist und zugleich auf eine möglichst umfassende Integration in die Arbeitswelt zielt. 3. Das Bildungssystem weist neben der wirtschaftlichen auch eine eminent staatsbürgerliche Komponente auf. Gute Bildung ist eine Bedingung, dass die Vorzüge unserer direkten Demokratie zur Geltung kommen können, und sie ist nicht zuletzt Kitt für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Als Geldpolitiker ist mir ein starkes Bildungssystem ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Es trägt nämlich zu einer innovativen und erfolgreichen Wirtschaft und zu einem flexiblen Arbeitsmarkt bei und schafft damit günstige Voraussetzungen für eine auf langfristige Stabilität bedachte Geldpolitik. Universitäten dürfen sich aber nicht nur auf die Erfüllung ihres Bildungsauftrags beschränken. Die SNB hofft, dass sie weiterhin substantielle Beiträge zu aktuellen Fragen der Schweizer Wirtschaftspolitik leisten. Mit cleveren und überzeugenden Lösungsansätzen, die sich in unserer direkten Demokratie auch umsetzen lassen, leisten Wissenschaftler unserem Land einen grossen Dienst.

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, der neuen Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern im Namen des Direktoriums der Nationalbank alles Gute für die Zukunft zu wünschen. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass Lernen, Lehren und Forschen zwar phasenweise mit grossen Anstrengungen und Entbehrungen verbunden sind. Alle drei Tätigkeiten verschaffen aber auch persönliche Befriedigung und Erfüllung. Ich wünsche deshalb speziell allen Studentinnen und Studenten sowie dem ganzen Lehrkörper der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern viel Erfolg bei der Arbeit. Und ich freue mich ganz besonders darauf, dass mit der neuen Fakultät in unserem Land der Wettbewerb der Ideen und der Lösungen in der Wirtschaftspolitik noch reicher werden wird.

Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen.